

Volksstimme

Einzelnummer 30 Bfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17.
Telephon: 6882. Sprechstunden täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Welt“, sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“.

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Telephon: 5407. Postfachnummer 6740. St. 11092

Nr. 149

Belegpreis: Durch den Briefträger zugestellt monatlich 6,00 Mk., einschließlich Porto. Für Abnehmer 5,50 Mk. Durch Postweg in Vierteljahr 15,- monatlich 6,00 Mk. einschließlich Postgebühren.

Halle, Mittwoch, den 29. Juni 1921

Abonnementpreis: Ein halbjährliches Abonnement kostet bei Voranmeldung 30 Mk., bezugslos in Reichsmark. Einzelnummern 2,50 Mk. Einmalige Bestellungen werden nicht angenommen. Abbestellung morgen 9 Uhr.

5. Jahrgang.

Wie werden wir einig.

Zum nächsten Landesparteitag, der vom 2.-4. Juli in Dresden tagt, haben die Chemnitzer Genossen einen Antrag gestellt, der unverbindliche Verhandlungen mit der USPD vorschlägt, „zwecks sofortiger Bildung einer politischen Arbeitsgemeinschaft mit dem klargestellten Ziel einer organisatorischen Wiedervereinigung“. Der Kampf in der Presse und bei den Wahlen sei auf das äußerste eingeschränkt. Gegen eine Bemerkung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, dieser Antrag werde zwischen der tabulalen und der „politischen“ Richtung zu scharfen Auseinandersetzungen führen, hat sich der „Vorwärts“ mit der Erklärung gewandt, daß es in der Sozialdemokratischen Partei grundsätzlich Gegner der Einigung nicht gebe. Darüber freilich, wie ein aktionsfähiges Ganzes zu schaffen sei, das sich nicht in neuem Streit verzehre, gingen die Meinungen auseinander, über das Ziel aber bestehe kein Streit.

Die Einigung aller sozialistisch denkenden Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einem aktionsfähigen Ganzem ist für jeden Sozialisten ein heiß ersehntes Ziel. Nur die große Frage bleibt, wie man am besten und ohne die Gefahr schmerzlicher Rückschläge dahingelange. Von einem amerikanischen Bankier wird erzählt, er habe während des Krieges einmal auf die Frage, wie er sich den Frieden vorstelle, geantwortet: „Gar nicht! Denn ich habe zwar schon gesehen, wie man aus einem Ruinenhaufen wieder ein Haus aufbaut, aber ich habe nie gesehen, wie man ein Haus wieder aufbaut, das man schon im letzten Augenblick zerstört hat.“

Die Einigung kann nicht künstlich herbeigeführt werden, der Einigungsgedanke muß wachsen und so stark werden, daß er sich schließlich gegen alle Schwierigkeiten durchsetzen und bewahren kann. Da läßt sich erstreben, was konstatieren, daß man auf diesem Wege schon ein ganzes Stück weitergekommen ist. Zwar besteht keine einheitliche politische Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen, aber doch schon eine ziemlich weitgehende Übereinstimmung nicht bloß über das zu erstrebende Ziel, sondern auch über die anzunehmenden Mittel. Gemüht durch bittere Erfahrungen ist die USPD zu einer realpolitischen Einstellung gelangt. Ein neuer Beweis dafür ist der Verlauf der letzten Berlin-Brandenburger Generalversammlung dieser Partei, auf der der Referent, Breitfeldt, ohne irgendwelchen Widerspruch zu finden, auseinandersetzen konnte, warum die unabhängige Reichstagsfraktion alle Wählergruppen gegen das Kabinett Wirtschaftsgleichheit hat. Die Rechte sei bemüht, Witz zu bringen, um Streikern und Helfern an die Spitze zu bringen. Dabei könnten die Unabhängigen nicht mitmachen und darum könnten sie auch nicht jedes Wirtschaftsnotum annehmen. Die Fraktion der Unabhängigen habe das Sänglein an der Wage und müsse sich dieser Funktion stets bewußt sein. Breitfeldt schloß unter lebhaftem Beifall, wenn es in naher oder ferner Zeit zur Einigung komme, werde die USPD Kern- und Mittelpunkt der neuen Einheitsfront sein.

Erfür vor wenigen Wochen hatten die Berliner Unabhängigen eine Aktion zur Einigung, wie sie aus ihrer Mitte von einem kleinen Arbeiterbezirk verlangt worden war, entfallen abgelehnt. Die Begründung gab Ledebour, indem er erklärte, bei einer Einigung würde die Sozialdemokratische Partei nur ein paar Tausend Stimmen gewinnen, der Rest der USPD-Genossen werde indifferent werden oder zu den Kommunisten abwandern. Das wurde damals allgemein als richtig angenommen. Auch diesmal ist in der unabhängigen Generalversammlung ein Antrag, die Einigung anzustreben, nicht gestellt worden, indes zeigt die Rede Breitfeldts und die Haltung der Versammlung zu ihr, daß man in den Kreisen der Unabhängigen für ferne oder nahe Zeit mit der Wiedervereinigung rechnet.

Zwischen „Vorwärts“ und „Freiheit“ gibt es jetzt nur noch ganz gelegentlich kleine Auseinandersetzungen, die durchaus nicht in gefährlichem Ton geführt werden. Wenn die unabhängige Partei nur ein paar Tausend Stimmen gewinnen, der Rest der USPD-Genossen werde indifferent werden oder zu den Kommunisten abwandern. Das wurde damals allgemein als richtig angenommen. Auch diesmal ist in der unabhängigen Generalversammlung ein Antrag, die Einigung anzustreben, nicht gestellt worden, indes zeigt die Rede Breitfeldts und die Haltung der Versammlung zu ihr, daß man in den Kreisen der Unabhängigen für ferne oder nahe Zeit mit der Wiedervereinigung rechnet.

Für die Wiedervereinigung an, dann ist auch nicht einzusehen, warum der Wahlkampf zwischen den beiden Parteien noch mit solchem Eifer geführt werden sollte.

Das Listenmaßstreck, das sonst ja auch nicht die Vollkommenheit selber ist, hat immerhin u. a. auch den Vorteil, daß es die Reibungsflächen zwischen den Parteien vermindert. Halten die Fraktionen zusammen, so bedeutet die Aufstellung aller verschiedenen Listen keinen Verlust für das Ganze. Der Wähler hat aber größere Freiheit, wenn ihm zwei verschiedene Listen zur Auswahl vorgelegt werden, als wenn er eine unbedingte akzeptieren muß.

Die organisatorische Vereinigung kann nicht das erste sein, sondern nur das letzte. Denn der Schaden des Nebeneinanderbestehens zweier Gruppen wird immer geringer, je mehr kämpfend gegeneinander vertrieben werden. Allerdings kann die Wiedervereinigung in dem psychologisch richtig gehaltenen Augenblick ein großer Vorteil für die Gesamtbewegung werden, die durch die Überzeugung der Massen, das nun der Bruderfreit endgültig begraben sei, neue starke Antriebskräfte erhalten kann. Ein weiterer Vorteil der Einigung wäre der, daß es dann vermutlich viel besser gelänge, mit den wahnwitzigen kommunisistischen Quertreibern aufzuräumen und die politische Gesamtbewegung auf eine einheitliche gesunde Grundlage zu bringen. An eine Einigung mit den Kommunisten, wie sie heute sind, kann natürlich niemand denken, denn diese Deutschen sind ja untereinander ja uneinig, daß jeden Augenblick wieder irgendein anderer zur Parteilinie hinausfliegt. Mit solchen Elementen der Zerlegung verbindet man sich nicht, man wärmt ab, bis diese Sprengkapseln durch Selbstentzündung unschädlich geworden sind, und sehr weit davon ist man ja heute auch nicht mehr entfernt. Je weiter der Zerlegungsprozess dort drüben fortschreitet, desto näher rückt der Zeitpunkt, zu dem sich alle sozialistisch denkenden Arbeiter wieder zu einer gemeinsamen Fahne scharen werden. Die Einigung kommt, man soll sie fördern, aber man soll sie auch nicht über Einn Dresden, denn dabei ginge sie, wie das Bild selber schon sagt, gleich wieder entzwei.

Schlummer als die Würzaktion.

Der Reichsausschuß der Erwerbslosen Deutschlands nimmt in einem sehr ausführlichen Rundschreiben Stellung zu den Erwerbslosendemonstrationen am 20. Juni im allgemeinen und zu der Demonstration vor dem Berliner Gewerkschaftshaus an diesem Tage im besonderen. Es wird in diesem Rundschreiben aufs neue behauptet, daß die Gewerkschaftsführer die Erwerbslosen angegriffen haben und daß diese dadurch zur Gegenwehr gezwungen worden sind. Der entscheidende Absatz in diesem Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Als die erbiterten Massen am Mariannenplatz die abzulehnde Forderung der Gewerkschaftsbürokraten erließen, marschierten sie ohne Parole einmütig nach dem Gewerkschaftshaus. Auch hier hatten die Gewerkschaftsführer es in der Hand, jegliche Verformung zu verhindern, hätten sie die Arbeitslosen ruhig aufmarschieren lassen und vor ihnen das Wort ergriffen. Statt dessen fielen aus den Reihen die bereitgestellten Knüttelgeißeln und die abnungslosen Arbeitslosen her. Dies stellt einwandfrei fest und können wir jederzeit bezeugen. Man stelle sich vor, mitten in der dichtgedrängten Menge wird jemand mit einem Revolver entdeckt. Andere schlagen mit Gummirütteln und Eisenstangen ein. Die Utensilien werden umringt. Es werden Stimmen laut: Schämt die Schwärzen! Sie wollen töten! So entstand der Kampf mit den Gewerkschaftshaus, deren Urheber für die Gewerkschaftsbürokratie natürlich die bösen Kommunisten waren, die wieder einmal auf Befehl von Moskau gehandelt haben.“

Diesem „objektiven Bericht“ steht ein anderer, und zwar der eines Kommunisten gegenüber, den der Aktionsausschuß des Bezirksverbandes Berlin allerdings am 25. Juni aus der Partei ausschloß, nämlich des bekannten kommunisistischen Vorstehenden der Ortsverwaltung Berlin des Buchbinderverbandes Peter Kaplar. Dieser hatte als Mitglied der Berliner Gewerkschaftskommission seinen Namen unter die Aufrufe der Erwerbslosen gegen die Demonstration der Arbeitslosen gesetzt und der Redaktion der „Roten Fahne“ Berlin einen Bericht über die Vorgänge in Gewerkschaftshaus zur Verfügung gestellt. Darin weist er der „Roten Fahne“ nach, daß sie eine verantwortungslos verdrängte, getrieben hat, ebenso verantwortungslos wie die „amerikanische Führung“ der Demonstration vor dem Gewerkschaftshaus. Er betont, daß die Gewerkschaftsangehörigen die Arbeitslosen nicht überfallen haben, daß sie nicht mit Eisenstangen, Gummirütteln usw. auf die Arbeitslosen eingedrungen seien, daß überhaupt kein Schuß gefallen ist, und daß man die Wölfe in ein „alte Derr“ beschimpft und abendrecht noch tätlich bedrängt hat, als sie vertrieben, den Demonstrationen im Restaurant und den roten Gemälden gegen die Angehörigen ein Ende zu setzen. Vergebens suchte er mit der Roten Fahne nach einem verantwortungsvollen Führer für

Arbeitslosendemonstration, nach einem Mitglied des Komitees der Erwerbslosenräte. Im Gal sprach, wer Lust hatte, und wer wollte, leitete die Versammlung. Einige der Sprecher redeten wie Spiegel und Brokatoleture, und Katty Gutmann gab sich alle Mühe, durch ihr dummes Geschwätz die Situation noch mehr zu verwirren. Kaplar schloß seinen Bericht, den die „Rote Fahne“ übrigens nicht abgedruckt hat, mit folgenden Worten:

„Der größte Teil der gewerkschaftlich organisierten Kommunisten und alle, welche die letzten Vorgänge miterlebt haben, werden mit mir der gleichen Meinung sein. Und bei diesen Vorgängen, welche in ihrer Auswirkung schmerzhaft sind als die März-Aktion dieses Jahres, den Mund zu halten und Disziplin zu üben, wäre Verbrechen an den Interessen des Proletariats und Verrat am Kommunismus.“

Diese Wahrheit vertritt die USPD, nicht, und darum hat Kaplar, ebenso wie Ledeb, seinen „Disziplinbruch“ mit dem Ausschluß aus der Partei der Konfusionsräte und politischen Kinder hinnehmen müssen.

Ein Notschrei der französischen Aufbaugewinnler.

In der maßgebenden Zeitung der französischen Unternehmer, im „Journal industriel“, wird ein erregter Protest der Bauunternehmer-Verbände von Nordfrankreich veröffentlicht. Darin wehrt man sich zunächst gegen die Verletzung der 25000 Arbeitslosen aus Deutschland. Die Beschränkung wird dadurch gleichzeitig herauf gehoben, die Annahme solcher Holzhäuser als Ersatz ihrer früheren kleinen Häuser zu verweigern. Besonders heftig wendet man sich gegen den Vorstoß, den Deutschen einen Abschicht der zerstörten Gebiete zum alleinigen Wiederaufbau zu überlassen. Die Begründung dafür können wir unseren Lesern nicht vorzuenthalten:

„Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages suchen die Deutschen die Konzession zu erlangen, einen bestimmten Abschicht der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs allein wieder aufzubauen. Nichts ist mehr geeignet, einen Krieg zu beenden, als die allgemeine materielle Not zu schaffen. Die Deutschen wollen vor allem, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ihren Industriellen, ihren Arbeitern und ihrer Warenexporte zugute kommt. Wenn sie einen Abschicht erhalten, werden sie alle ihre finanziellen Kräfte auf diesen Abschicht konzentrieren. Durch diese Konzentration der Kräfte werden die Deutschen sehr schnell den vollständigen Wiederaufbau dieser Region durchzuführen vermögen. Durch ihre Eigenliebe und ihre Gier, zu zeigen, was sie können, werden sie versuchen, in Frankreich wenig oder keine Geldbeschaffung zu leisten. Auf alle unsere Wiederaufbauungsbedingungen hin werden sie ihre Zahlungen tatsächlich in natura und in Wiederaufbauarbeit durch sie selbst leisten. Nach einer Frist von höchstens zwei Jahren, in welcher sie ihr Werk, ihre Arbeit beendet haben werden, würden sie unter Berufung auf die durch den deutschen Organisationsgeist erzielten Resultate darauf drängen und wieder drängen, aus Mangel an Geld in den verwüsteten Gebieten ihre materielle Herrschaft fortzusetzen. Die geschädigte Bevölkerung der verwüsteten Gebiete wird anschließend dieser Herrschaft ebenbürtig sein, von den Deutschen materielle Unterstützung zu erwarten. Was seit Juni 1919 verlangt wird, wird erbracht sein: Die Deutschen werden neue Abschicht erhalten und ihre Arbeit über alle verwüsteten Departements ausdehnen.“

Es wird vorgeschlagen, den Deutschen die Rollen für die Wiederaufbauarbeit der Häuser im Werte von weniger als 8000 Franken aufzutragen und diese kleinen Häuser eventuell durch selbstgebaute, wohnüberwachte, fliegende deutsche Bauarbeiterkolonien bauen zu lassen. Ein längerer Aufenthalt deutscher Arbeiter in den besetzten Gebieten würde auf jeden Fall vermieden werden, um die moralischen und sozialen Gefahren einer so verabsäugten Berührung der Deutschen mit der Bevölkerung zu begrenzen.“

Schließlich wendet sich der Protest auch gegen umfangreiche Lieferungen deutschen Materials. Daraus würde unter Umständen, die Baumaterialienfabrikation in Frankreich geschädigt, eine Arbeitslosigkeit erzeugt und die französischen Materialpreise zum Schaden der Lieferanten gedrückt werden.

Es ist also die ganze Sorge um den heillosen Proleten, es müßte den Deutschen klar gemacht werden, daß sie ganz bestimmte Materialien, die Frankreich nicht selbst erzeugen kann, zu liefern haben, und daß sie im übrigen — darauf kommt es diesen Leuten besonders an — bis zum Wiederaufbau der Gebiete in der Lage sein müssen, die Arbeitslosen zu beschäftigen. Wenn wir diese Schmerzen in deutsche Worte zusammenfassen, so heißt das: Mit dem Wiederaufbau Nordfrankreichs ist es uns absolut nicht. Wir wollen Geld verdienen, wollen möglichst viel deutsches Bargeld einziehen. Außerdem werden diese Aufhebungen des französischen Unternehmertums in allen Deutschland die Angst vor der industriellen Revolution — Arbeiterbewegung.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Der Reichstag ist sehr miltärisch. Ich glaube, er hat jetzt noch ein Ziel vor sich, das wir liberal im Reich ohne Ausnahme nicht auskommen können, auch in Preußen. Die Verordnung in Württemberg ist gerade ein Beispiel der Miltärisierung des Reiches. Die Miltärisierung des Reiches ist die Miltärisierung der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen hat der Minister über die Gründe des preussischen Staatsministeriums und des Reichswehrministeriums referiert. Ich aber deren Aufhebung nicht zu eigen gemacht.

Abg. Dr. Geiger (Komm.): Der Ausnahmezustand richtet sich nur gegen die Kommunisten. Wir beantragen seine sofortige Aufhebung.

Abg. Wittwoch (USoz.) verlangt Beilegung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen.

Abg. Rosenfeld (USoz.): Der Herr Minister Grabnauer jagte, mit schallenden Reden wäre nichts zu erreichen. Er hat in seiner Jugend viel schallende Reden gehalten. Damals hat er uns bei weitem besser gefallen. Ich habe die geistlichen Ausführungen des Ministers im Sinnogram wiedergegeben und muß daher entsetzt sein den Fortschritt der Unmoralität meiner Berichterstatter zurückweisen. Der Wunsch des Ministers Grabnauer, die Landesregierungen zu überzeugen, scheint uns bei der Regierung sehr völlig zweifellos zu sein.

Reichsjustizminister Schiller: Wo ich Einfluss besitze, vertritt ich auch die Menschlichkeitsgründe und werde sie immer auch in Zukunft in die Tat umsetzen. Meine Zuständigkeit ist aber begrenzt. Der Reichstag des Reichsgerichts, der trittst über mich, unterliegt nicht meiner Zuständigkeit.

Abg. Rosenfeld (USoz.): Als ich Minister war, jagte mir ein hoher Ministerialbeamter, die Verlesung von Strafgesetzen zur Strafkammer ist sehr einfach.

Reichsjustizminister Schiller: Die vollkommen beweislosen Vorwürfe gegen die Unschuldigkeit unserer Richter muß ich zurückweisen, das sind objektive Unrichtigkeiten. (Geslacht.)

Abg. Kunert (USoz.): Warum ist die Schlußfrage nicht vor den Reichstag gebracht? Dies dringende Geis muß in aller nächster Zeit erledigt werden.

Der Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes wird gegen die sozialistische Minderheit wieder eingebracht.

Abg. Dr. Schreiber (Str.) bittet für die notleidende Miltärisierung im nächsten Etat auf 1 Million 5 Millionen wieder einzulassen.

Staatssekretär Schuls: Wir sind dem Vordränger für sein Interesse dankbar, leider kann aber das Finanzministerium die Mittel nicht bewilligen.

Abg. Dr. Wages (USoz.) fordert eine abschließende Resolution über den Krieg.

Ein Regierungsvertreter verweist auf die hohen Kosten von Verurteilungen. Die Ermittlung ist leicht zu bewerkstelligen, das ist die Zusammenstellung in alternativer Zeit vorzuziehen werden kann. Der neue Entwurf ist angenommen. Ankommen wird auch der Nachtrag des Reichswehrministeriums, wobei eine Entschädigung, die jüdischen Anstalten für Miltärisierung und landwirtschaftliche Fortschritt zu unterstützen.

Das Haus verläßt sich auf Donnerstag 2 Uhr. Kleine Vorlagen, Interpellation über die Cantionen, Nachtragsetz. Schluß 9 1/2 Uhr.

Grabnauer zum Ausnahmezustand.

In der Montagssitzung des Reichstagsparlamentarischen Ausschusses beendete bei Erörterung der Tätigkeit des Reichskommissars für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung und der Kosten des Ausnahmezustandes Dr. Rosenfeld (U. Soz.) das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung als völlig überflüssig. Der Ausnahmezustand besteht immer noch in dem größten Teil Sachsens, in Ostpreußen und Bayern. Der preussische Minister Dominicus hat die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Ostpreußen mit dem Bestehen polnischer Regimenter an der ostpreussischen Grenze begründet, die Regierung behauptet aber, daß alle militärischen Kräfte an der ostpreussischen Grenze konzentriert sind. Warum ist nun eigentlich nicht mit Bayern wie endlich energig eingegriffen worden. Die jetzt angeordnete Strafe gegen weitere Beteiligung an aufgelassenen Organisationen ist aufzufassen mit d. e. Man droht nur Gefängnis, Festungs- oder Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten an; gegen die Arbeiter aber geht man mit Zuchthausstrafen vor. — **Abg. Plettner (Komm.)** behauptet sich über die Sondergerichte, über die Verbote von Zeitungen in Württemberg und über die reaktionäre Gesinnung in den Einwohnern. Abgeordneter Müller-Franken (Soz.): Auch meine Fraktion ist für die Aufhebung der Verordnung in Württemberg eingetreten. Im übrigen werden wir darauf hinwirken, daß in Württemberg der militärische Ausnahmezustand aufgehoben wird.

Reichsminister des Innern Dr. Grabnauer: Das Reichswehrministerium hält eine Verdröhung der ostpreussischen Grenze für möglich. Der Kanzler hat sich für einen baldigen Abbau des Ausnahmezustandes eingesetzt. Die Regierung wird an dieser Zusage festhalten. Aber der Weg ist schwierig. In der Proving Sachsen steht der Oberpräsident v. B. auf dem Standpunkt, daß in gewissen Teilen der Provinz die völlige Beilegung des Ausnahmezustandes noch nicht empfehlenswert ist. Die Regierung will in dieser Frage mit den Landesregierungen zu einer Verständigung gelangen. Es besteht in Bayern noch gewisse Belangenverhältnisse. In Bayern ist die Beilegungsprobe sehr schwer gewesen, aber auch hier wird man, sobald die Entwaffnung und die Aufstellungsfrage geregelt ist, zu einer normalen Lage zurückkommen können.

Einseitig der Dringlich ist es auf Grund des Ultimatus selbstverständliche Pflicht der Landesregierungen, die nötigen Schritte zu tun. Die Strafentlassungen brühen auf dem Geis vom 22. März. Der Minister betonte dann nochmals, daß der Ausnahmezustand in Württemberg nicht mehr besteht.

Die Steuerfragen im Kabinett.

Die geistigen Beratungen des Reichskabinetts über die Steuerfrage werden, wie die „D. N. Z.“ hört, heute fortgesetzt werden. Der Reichsfiskus beschäftigt nicht, heute im Reichswirtschaftsrat über die Steuerpläne der Regierung zu sprechen.

Der Stand der deutschen Entlohnung.

Berlin, 27. Juni. (USZB.) Stand der Entlohnung des deutschen Heeres am 1. Mai 1921. Die Reichswehrangehörige hat bis zu diesem Tage

Scharfe Artilleriegeschosse	4 808 800	4 770 800	37 500
Gewehre und Karabiner	91 042	90 466	577
Maschinengewehre			
Minenwerfer und Rohre von solchen	22 778	22 384	444
Gewehre und Rohre von solchen	50 489	49 688	801
Patronen	26 880	26 595	285
Scharfe Artilleriegeschosse und Minen	36 600 000	25 500 000	8 300 000
Scharfe Hand-, Gewehr- und Wurfgranaten	14 650 000	14 000 000	650 000
Scharfe Jünder	55 150 000	53 600 000	1 550 000
Handwaffenmunition	390 000 000	360 000 000	30 000 000
Ziugsäge	13 379	13 369	10
Ziugsägemotoren	23 999	23 845	154

Die Ablieferungen und Bestellungen auf Grund des Ultimatus haben erst nach der Zusammenstellung dieser Zahlen ihren Anfang genommen.

Beginnende Umwälzung in Rußland?

London, 28. Juni. (USZB.) „Morning Post“ meldet aus Kiew, in dortigen Kreisen werde berichtet, daß im Gouvernement A. A. (an der Grenze des europäischen und asiatischen Rußlands) die letzten Wähler zu den Provinz-, Bezirks- und ländlichen Sowjets zu der Wahl von Parteilosen und in den Städten zu menschewistischen Kandidaten geführt haben. Räte einziger Kommunist ist gewählt worden. Wlosow sah sich gezwungen, die Wahl der neuen antimonarchistischen Sowjets in den Volkshausauschüssen zu bestätigen.

In Kiew selbst und in den Städten des Gouvernements sind die Rechte des Privatbesitzes den Besitzern von Häusern, Läden, Handelsunternehmungen und kleinen Fabriken zurückgegeben worden. Am 11. Juni wurde ein festliches Leben in der Hlischen Straße abgehalten. Die Beschlüsse der Sowjets, an der in der letzten Sitzung teilgenommen, vorzutritt des Bischofs durch die Straßen. Die Denkmäler „zu Ehren der Führer der Revolution“ wurden der Menge in den Fuß gemorfen. Eine örtliche Militär gebildet, die aus früheren Wollisten und Soldaten besteht. Die außerordentliche Kommission ist aufgelöst worden.

Selbstschutz und Prostitution.

Die „Allgemeine Zeitung“ ist müde über das Auflosensdretter der Selbstschutzorganisationen. Sie ist so aufgebracht, daß sie von einer Prostitution der Reichsregierung schreibt. Sie ist aber in keinem Sinne nicht immer so lenklich gewesen. Man kann ihr und ihren Hinternmännern in bezug auf Prostitution der Reichsregierung tatsächlich die haarsträubendsten Dinge nachweisen. Aber auch in bezug auf den Selbstschutz zeigt sie die Züge deselben Laifers. Am 24. Juni (Wochenausgabe) läßt sie sich aus Berlin melden:

„In der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses im preussischen Landtag erklärte Abgeordneter Seppinger (Soz.): Die Begründung eines losjandemokratischen Selbstschutzes sei die Folge der Dringlich. Er hoffe aber nicht, daß es noch zu weiteren losjandemokratischen Organisationen dieser Art komme.“

Diese Nachricht nimmt sie mit folgendem Ausruf entgegen: „Was wohl Herr Kollet dazu sagen wird.“ So also sieht die reine Seele aus. Sie prostituiert sich bei Herrn Kollet, die Miltären sollen bei der Reichsregierung ein Nachwort sprechen, damit der proletarische Selbstschutz aufgelöst werden solle. Sie ist sich des Erfolges ihrer „nationalen“ Handlungswerte so sicher gewesen, daß sie sich schon am anderen Morgen, am Sonnabend, telegraphieren ließ:

Die Auflösung der Selbstschutzhverbände.

Eine Regierungs-Verordnung angefündigt. Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Mit Bezug auf die Nachricht, daß in Sachsen eine rote Selbstschutzorganisation im Gegenzug zu der Dringlich im Entschien vergriffen sei, wird uns von zutuniger Seite mitgeteilt, daß voraussichtlich heute abend eine Verordnung des Reichs-

präsidenten ercheint, durch die die Auflösung aller Selbstschutzhverbände verfügt wird.

Diese Ankündigung ist nun in einem etwas anderem Sinne zur Tat geworden, denn nicht nur proletarische, sondern alle Selbstschutzorganisationen sind aufgelöst. Man sieht aus diesem Sachverhalt, wie es mit der fittlichen Entlohnung solcher Zeitungen beschaffen ist, die sich tagtäglich für die Interessen ganz bestimmter Kreise pro ... nie lauter doch das Wort „Allgemeine Zeitung“.

Notizen.

Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Die preussische Regierung läßt erklären, daß es sich bei dem neuen preussischen Beoolmächtigsten in Münden nicht um den Kapitän Schellen handelt. Tatsächlich war der neuerannte Vertreter Preußens in Bayern zur Zeit des Kapp-Zufluges Landrat des Kreises Limburg und ist — der Bruder des Kapp-Zufluges. Unter der Herr Schaperwald ist er vor kurzem von seinem abgetragenen Landratsposten als Referent in das Staatsministerium berufen worden (durch dessen Hilfe?) und diese kurze Tätigkeit in nächster Woche seines Bruders hat ihm als Sprungbrett nach Münden genügt.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm in außerordentlicher Sitzung mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien und der Reichspolispartei Demokratie gegen die Stimmen der Unabgängigen und der Kommunisten den Haushaltsplan der Stadt Berlin an.

Offizier-Entlassungen. In der Auswirkung des Ultimatus, welches in die 4000 Offiziersstellen, die dem Deutschen Reich zugebilligt werden, neben den Feuerwerks- und Zeugoffizieren, die in diese Zahl schon eingerechnet waren, auch noch die Zahlreiter einrechnet, müssen in nächster Zeit annähernd 200 Offiziere entlassen werden.

Wirtschaftliches.

Die flutende Mark.

Berfolgt man die Kursbewegung der deutschen Mark im Laufe der letzten Woche, so fällt es auf, mit welcher Steilheit die Kurve zurückgeht. Es sind jeden Tag nur wenige Punkte, um die die Kaufkraft der Reichsmark im Ausland nachläßt. Im ganzen aber zeigt sich die fortschreitende Schwächung der deutschen Zahlungsmittel mit erschreckender Deutlichkeit. Man halte für

	am 17. 6.	20. 6.	22. 6.	23. 6.	24. 6.
100 holl. Gulden	2297,-	2297,-	2238,-	2266,-	2270,-
1 Pfd. Sterling	261,79	262,20	264,45	268,20	269,07
1 Dollar	68,56	68,90	70,62	71,54	72,04
100 französl. Fr.	569,40	569,40	567,40	571,40	573,40
100 österr. Kr.	1178,-	1182,-	1193,-	1200,-	1213,-
abgetempelt	13,56	13,06	13,23	12,73	13,49
100 holländ. Kr.	95,50	95,50	96,20	97,40	98,40

Die Kurve vom letzten Freitag wurden gesehen, wo insofern des Börsenabstosses keine amtlichen Denkmäler notiert wurden, im freien Verkehr bereits wieder ein wenig überboten, da an den ausländischen Börsenplätzen die Reichsmark weiter zurückgegangen war.

Auf der Redaktion eingegangene Bücher.

(Die Besprechung eines jeden einzelnen Buches kann nicht mit Bestimmtheit zugesichert werden.)

Dr. Siegfried Reinecke, Die Selbstschutzbewegung. Dritter Band (VIII und 422 Seiten) broschiert 30 Mark, in Halbheften gebunden 36 Mark. Verlag von Ernst Heinrich Moritz Schn. Franz Mittelbach) in Stuttgart.

G. J. Gumbel, „Zwei Jahre Nord“, mit einem Vorwort von Professor G. F. Riccio und einem Anhang; Ergebnisse des Ausschusses zur Prüfung des Verbotens der Offiziere während der Märzvorzüge (Kapp-Zug). 68.

Kurt Heintz, Einmal und keine 600 000 Arbeiter. Verlag Buchhandlung Vorwärts G. m. b. H. Berlin.

Otto Hecht, Ultimatum. Rede des Reichstagsabgeordneten Hecht, gehalten in der Reichstagsitzung am 2. Juni 1921. Verlag Buchhandlung Vorwärts, G. m. b. H. Berlin.

Dr. Beer, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe. Zweiter Teil: Mittelalter. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Berlin SW. 68.

H. Lenin (Wl. Iljanoff), Die Agrarfrage in Rußland am Ende des 14. Jahrhunderts. Preis 7 Mark, geb. 11. Verlag A. Seehof u. Co., Berlin C. 54.

H. Zenz und E. Strömman, Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjet-Rußland. Broschiert 15 Mark, geb. 20 Mark. Verlag A. Seehof u. Co., Berlin C. 54.

W. P. Miljutin, Die Organisation der Volkswirtschaft in Sowjet-Rußland. Preis 3,50 Mark. Verlag A. Seehof u. Co., Berlin.

Dr. Emil Kraus: Die Bedeutung des Staatsverbrechens Systems für das gegenwärtige Deutschland. Unter besonderer Berücksichtigung der Ueberwachungsfrage. Unterabteilung Verlagsanstalt G. m. b. H., Heidelberg.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Paul Täumel, für den Anzeigenteil Wilhelm Herzog, beide in Halle.

Halles größte Sensation ist unser großer

inventur-Ausverkauf

mit seltenen gewaltigen Vorteilen!

Beginn des Ausverkaufes Freitag, 1. Juli, 8 Uhr vormittags!

J. LEWIN

Beachten Sie unsere morgen erscheinende Anzeige!

Marktplatz 2 u. 3.



D
Der

S
Saison

A
Ausverkauf

B
Bei

S

W
Weiss

B
Bringt

V
Vorteile

Ü
Über

V
Vorteile

!

Riesens-Auswahl
Jungmann-Bälle
Nr. 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100.
Wettspielbälle
Nr. 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Gummibläsen prima
Fußballstiefel
Jugendstiefel
dauerhaft, billig
Dreh, Hosen, Stutzen,
J. Schärer & Cie.
Gr. Ulrichstr. 40.
Eingang Kaulenberg.

Reparaturen
an Uhren
Gold- und Silberwaren,
Schmuckstücke,
übernimmt bei
selt. Aussch. in vornehmen
Kreisen **H. Lerner**,
Uhren-Reparatur-Werkstatt
Große Steinstraße 85,
gegenüber Postämthaus.

**Lehrmeister-
Büderei!**
Nutzbringende
Hühnerzucht
von Paul Hohmann.
Handbuch
der Bienenzucht
von J. Weigert.
Nutzbringende
Kaninchenzucht
von J. Schneider.
Pferdezucht
und Pferdehaltung.
von Dr. A. Carl.
Preis pro Nr. 1.20 Mk.
In großer Auswahl in der
Buchhandlung
der **Volksstimme**
zu haben.

Grüdeöfen
in allen Größen und Aus-
führungen wieder lieferbar
Kupfer, Stahl,
Fabrik für alle Niedereliten,
Halle a. S., Saubertstr. 9.
**Seiler- u.
Bürstenwaren**
Spez.: Wäscheleinen
äußert billig empfiehl
Richard Kahl,
Merseburg, Neumarkt 10

Strauringe
ohne Stüfuge
D. R. P.
Massio Gold
333 585 750 u. 900
gestempelt
in allen Weiten u. vor-
schiedenen Proportionen
am Lager
Goldschmied
Paar v. H. 40.- u.

**Bermann
Schladitz**
Merseburg
Kleine Hiltorstr.
11

**Starke dauerhafte
Rucksäcke**
sehr preiswert bei
H. Krasemann,
Leder-Spezialgesch.
nur
Schmeerstr. 19

**Die millionenfach bewährte
Oel-Wachs-Schuhkrem**
Diamantine
in bester Friedensqualität
wieder erhältlich
Man verlange Dose mit
eingelegetem Zettel
„friedensware“
Hersteller: **Rud. Starke, Meie II**



Ganz Halle steht Kopf!
wenn morgen unser Inserat die Schlager unseres
Saison-Ausverkaufs
anzeigt. Wir bringen in jeder Beziehung
gewaltige Überraschungen

Unsere Schaufenster zeigen Ihnen schon Donnerstag
nachmittag ein Bild unserer größten Schlager.
Lesen Sie morgen unser Inserat. Seien Sie Freitag
frühzeitig bei uns, der Andrang wird kolossal sein.

Alex Michel

Vorm. Geh. Med.-Rat Dr. Schroeder's Heilanstalt
für Haut- u. Geschlechtsleiden
Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 54, I. Tel. 6497.
Spezialkuren (ohne Berufsstrang) bei
Harnröhrenkrankungen, Ausfluss bei Männern
und Frauen, Syphilis, sex. Schwächen.
Blutuntersuchung — Künstl. Höhensonne
Sprechstunden des Spezialarztes:
Wochentags 10-1, 3 1/4-6 1/2, ausser Mittwochs
Sonntag von 10-1. — Getrennte Warteplätze

Sieeben erschienen:
**Die
deutsche Revolution**
ihre Entstehung, ihr Verlauf und
ihr Werk
eine Geschichte des Werdens
der deutschen Republik von
Eduard Bernstein
Leicht kart. Mk. 15.-, in Halbleinen geb. Mk. 20.-,
Porto 80 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27,
und sämtliche Ausräger.

Pelikan-Seifenpulver
mit Seifenschnitzel und hohem Fettgehalt
empfiehlt
Franz Wirth,
Merseburg, eilen fabrik,
Roßmarkt 1.

Bei Bedarf an
Möbel aller Art
bei
billigster Preisstellung
wende man sich an
Möbelfabrik Schwimmer
Merseburg, Telf. 680, Neumarktstr. 22.

Martha Schladitz,
Merseburg, empfiehlt Markt 21,
Strumpfwaren
Erstlingswäsche, Leinen
Herren-Hemden in all. Größen, Schürzen
Herren-Hemden u. Hosen
in **Makko**.

Stadt-Theater
Donnerstag, 4. Juli, Junl.
Anig. 7 1/2, Ed. 11 Uhr;
Mittwoch Stammkart.
Der Rosenkavalier
von Richard Strauss.
Freitag:
**Prinz Friedrich von
Homburg**

**Komplette Angeln,
Angelhaken und
Angelgerätschaften**
empfeilt

Albin Hentze
24 Schmeerstraße 24.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Partei-
genossen und Leser sich
auf die Inserate in der
Volksstimme zu beziehen

Walhalla-Theater.
Täglich
Gustav Bertram — Marga Peter
in
„Gänseleberpastete“.
Stürmischer Lacherfolg.
Tageskasse 10-1 und 6 Uhr.
Beginn 7 1/2 Uhr.

B. B. Beth's Bunte Bühne
Vornehme Künstlerpiele.
Heute Mittwoch, den 29. Juni 1921
Ehrenabend
für den beliebten Humoristen
Curt Speyer
unter freudl. Mitwirkung erstkl. Kunstkräfte.
Große Ueberraschungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Merseburg a. S.
Freitag, den 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr,
im Lokal „Fankenburg“:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Die Offensiv der Unternehmer und wir.
2. Bericht von der Bezirkskonferenz.
3. Verschiedenes.
Kolleginnen und Kollegen! Es gilt in der jetzigen
schweren Zeit die Gleichgültigkeit abzuwerfen und in den
Gewerkschaften ein reges Leben zu entfalten, wenn wir nicht
gegen das Unterdrückung unterliegen wollen. Darum
haben alle Kollegen zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Heidelbeerwein
sowie alle anderen Fruchtweine zu
Familienfesten empfiehlt in garantiert
naturreiner Qualität
W. Trobsteln, Gutenberg.
Otto Kätzula's Tuchhandlung
Kruppa
Herren- u. Damen-Maßschneiderei
in allen modernen Formen.
Gute Arbeit.
Anzug 690.- Mark.
Lieferung auch bei zugegebenen Stoffen.

**Papst, Kaiser
und
Sozialdemokratie**
in ihren Friedensbemühungen
im Sommer 1917.
von
Philipp Scheidemann,
Preis 5.00 Mark.
Buchhandlung Volksstimme.
Grosse Ulrichstrasse 27.

100 Mark Belohnung!
erhalten Sie, wenn Sie bemerken, das Ihre Käsewaren,
Wargen, Seberische und Hühneraugen nach ein-
maliger Anwendung ohne schneiden und hecken durch das
Universalmittel „Lok“ nicht verschunden sind.
Wannerkart: Halle a. S., Edgurg, Steinweg 10.
Erlauben, Müller, Babergasse 13.
Ausschneiden! Anzeige erscheint nicht oft.
Wanzen und deren Brut
verfügt raslos nur Kammerjäger Berg's Noodaal.
Erfolg verblüffend. Kinderl. anzuw. Dankeschreib
von überall.
Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erhältlich in allen Drogerien und Apotheken und bei:
Karl Kühnt, Gr. Ulrichstrasse 51
sonst portofrei bei **Hermann G. Groessel, Berlin**,
Königsplatzstrasse 49.

Partei genosse
sucht für mehrentätigen
Erfahrung als Partei genosse
in Halle möglichst bei Partei-
genossen
ein Quartier.
Angebote an den Verlag
Volksstimme,
Gr. Ulrichstr. 27, erbeten.

Musikinstrumente
aller Art
in Halle möglichst bei Partei-
genossen
herausragende Güte
Max Dürfel, Kleinstraße 13.
Für Wiederverkäufer!
Lederpantoffeln
(sächsisches Fabrikat)
Liefert aus bestem Material in durchgenäht und Holz-
gezeugelt, mit und ohne Futter, sowie gepolstert zu
billigsten Preisen.
Ständiges Lager in Lederhaus- und Spangenschuh,
Pflanzpantoffeln und Dachdeckerstiefeln.
Leder-Pantoffel-Versandhaus
Steinweg 24 HALLE a. S. Steinweg 24

Partei-Angelegenheiten.

Angeschafften heute abend 8 Uhr Zusammenkunft. Die Wichtigkeit der Tagesordnung: 1. Vereinstätigkeit...

Hörsäle Gemeindefortschritt und Vereinsabend.

Dreier Säugende Halle. Freitag abend, 8 Uhr, im Vereinslokal 'Stadt Dresden' Probe mit anschließender wichtiger Ausprache.

Halle und Gaalreiseorte.

Salle, 29. Juni 1921.

Die Bedeutung der sozialdemokratischen Zeitung.

Der Einfluss der Tagespresse auf das Denken und Handeln der Leser ist ein weit größerer und nachteiliger, als die meisten es sich vorstellen können.

Die Sozialdemokratie hat natürlich ebenfalls die Bedeutung der Tagespresse für den politischen Kampf frühzeitig erkannt und sich in jahrelanger mühsamer Arbeit eine eigene Presse geschaffen.

Sie ist das Blatt der wertigsten Bevölkerung in Stadt und Land. Sie gehört an Stelle der volksfeindlichen kapitalistischen Blätter der bürgerlichen Parteien in den Haushalten der Arbeiter, Angestellten und Beamtenfamilien.

Der fünftägige Haushaltsplan für 1921.

In Fortsetzung des getriggen, unter der gleichen Ueberchrift gebachten Artikels bringen wir noch folgende ergänzende Mitteilungen, die wir ebenfalls wieder dem vom Wagner herausgegebenen Kommentar entnehmen:

Der Betrag der Umsatzsteuer im Jahre 1920 hat die Erwartungen des Reiches weit übertraffen; infolgedessen hat auch der Besondere Anteil der Stadt (5 Proz.) die erwartete Steigerung um 650 000 Mark erfahren.

Am neuen indirekten Steuern erachtet die (noch immer nicht genehmigte) Fremdensteuer mit 200 000 Mark und die an die Stelle der Beteiligung an der Reichsstaatssteuer getretene Gemeinde-Verzinsungssteuer ebenfalls mit 200 000 Mark Ertrag, was aus der Zeit vor dem Inkrafttreten der neuen Steuerordnung noch 120 000 Mark Anteil an der Reichs-Verzinsungssteuer treten. Die Grundsteuer soll in ihrer veranschlagten Form 150 000 Mark einbringen, die ebenfalls veranschlagte Gewerbesteuer ein Mehr von 35 000 Mark.

Wahrscheinlich günstig wie die Reichs-Umsatzsteuer hat sich auch die Grundsteuererhöhung entrollt, aus deren Aufschlagsbehe-

rug 225 000 Mark mehr zu erwarten sind, wenn sich nicht etwa der Rückgang der Grundstückspreise noch stärker geltend machen als bei der Veranschlagung ohnehin schon angenommen wurde.

Eine erfreuliche Ausnahme haben die Entschädigungsbeiträge erfahren, die der Stadt nach den erst im Laufe des Jahres 1920 getroffenen Festsetzungen aus der Verwahrung und Erhebung von Reichssteuer zufließen. Sie belaufen sich auf 1 175 000 Mark, wobei die Entschädigung für die Verwahrung und Erhebung der Umsatzsteuer nur für 1/2 Jahr eingestuft ist, da das Reich diese Beiträge vom 1. Oktober 1921 an selbst übernehmen will.

Nach Berücksichtigung aller dieser Einnahmen und nachdem im Kapitel I aus dem Ueberbisch des Rechnungsjahres 1919 etwa der gleiche Betrag wie im Vorjahre vorgezogen worden war, verbleibt ein

nicht gedeckter Ausgabebetrag von 13 795 000 Mark, zu dessen Deckung die Realitäten heranzuziehen waren. Wir schlagen vor, die Grund- und Gebäudesteuer mit 1 Proz. des gemeinen Wertes der bebauten und privilegierten ungebauten und mit 2 Proz. des Wertes der übrigen ungebauten Grundstücke zu erhöhen; das entspricht einem Zuschlag von 222 Proz. zu den staatlichen Grundsteuerbeiträgen.

Die nach Abzug der 5 Millionen Mark noch verbleibenden 8 795 000 Mark sollen durch die Gemeindefortschritt gedeckt werden. Der durch die Gemeindefortschritt aufzubringende Betrag entspricht danach einem Zuschlag von durchschnittlich 668 Proz. auf die staatlichen Steuerbeiträge (gegen 506 Proz. im Vorjahre) und einem Zuschlag von 228 Proz. auf die nach der neuen Gewerbesteuerordnung errechneten Steuerbeiträge.

Ein Radeurteil.

Lebenslängliche Zuchthausstrafe für Kempin-Ugelmann.

Das Urteil hat trotz aller Vorstellungen und dem treiflichen Widerspruch des Herrn Justizrat Dr. Graendel auf lebenslängliches Zuchthaus gelaugt. Mag sich der Angeklagte in hochverrätherischer, manchmal sogar rüchlichster Art vergangen haben, so steht aus den ganzen Reden des Angeklagten, den Zeugnisaussagen und der politischen Einstellung der A. U. B. D. fest, daß ihn eine durchaus idealtiftische Grundhaltung zu seinem Handeln getrieben hat.

Nachdem in der vorseitigen Verhandlung die Wechselaufnahme abgeschlossen war, beauftragte der Staatsanwalt zu Beginn der getrigen Sitzung die Verlesung von Urteil und Urteilsbegründung gegen Korch, den Vorsitzenden des Deutscher Arbeiterkongresses, der in Raumburg zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden ist.

Demnach besaßen die Mitglieder des Reiches trotz ihres jugendlichen physischen Charakters bei jedem Inboreingestimmten einen humanistischen Eindruck gemacht haben. Außerdem steht fest, daß ihre Aufständische ihre Schuld in egoistischer Art auf Kempin abgedeckt haben, so daß dieser als ein Verbrecher im Großformat erschien, während er in Wirklichkeit ein hochverrätherischer Idealtift ist, der sich in der Bewegung auch nicht um einen Pfennig bereicherte. Als solcher wäre er mit festungshaft genugsam bestraft gewesen. Das Urteil auf lebenslängliches Zuchthaus ist unerschöpflich. Die Mahnung Dr. Graendels 'Nichten heißt nicht rächen' hat keine Frucht getragen.

Regierungsgewalt gebildet. Damit sei der Hochverrat festgestellt.

Juglich habe der Angeklagte gegen § 127 (Anschlag an einen bestimmten Kauf) verstoßen. Bei den höheren Folgen des Deutscher Arbeiterkongresses müßten auch der § 116 herangezogen werden. Die Verurteilung habe aus § 81 (Hochverrat) zu erfolgen. Der Reichsanwalt läßt die Maßnahme durch § 81 a u. s. und Festungshaft. Festungshaft ist nur dann zu verhängen, wenn die ehrenhafte Einstellung des Angeklagten feststeht, d. h., wenn er eine Umkehrbewegung leblich aus idealtiftischen Gründen hervorgerufen habe.

Ugelmann habe aber, was zahlreiche Fälle betreffen, etwas gehandelt. Deshalb beantragt der Staatsanwalt gegen den Angeklagten lebenslängliches Zuchthaus.

Darauf ergriß der Reichsgericht Justizrat Dr. Graendel (Berlin) das Wort und stellte zunächst dem Gericht vor Augen, wie sehr es bei seinem Urteilspruch, sich in die Ideologie und Ziele des Angeklagten, die der Weltanschauung der Richter fernstünden, verlegen müßte, um nicht ungerecht zu urteilen. Nichten heißt nicht rächen. Den 9. November sei auch ein Hochverrat gewesen. Die Deute, die am 9. November durch Hochverrat sich durchgesetzt hätten, hätten keinen Menschen als Hochverräter bezeichnet, der die soziale Revolution weiter als die selbst treiben wollten. Aber wie der 9. November trotz juristischer Unzulässigkeit Segen gebracht habe, so hat auch Ugelmann durch seine hochverrätherischen Tendenzen nur Segen stiften wollen. Alle kleinen Einzelheiten müßten in den idealtiftischen Rahmen eingeführt werden, dann werde sich auch zeigen, daß der Angeklagte Ugelmann keine erste Festungshaft besitzt. Es sei unerschöpflich, einen jungen Mann von derartigen Weltanschauung für sein ganzes Leben in das Zuchthaus zu sperren. Dem Staatsanwalt war Graendel das Recht jedes psychologischen Verständnisses und Adverbialgebrauch an vor.

Dagegen wehrte sich der Staatsanwalt in seiner Rede. Die Festungshaft beim Hochverrat einer Tat sei jermoch sehr schwer zu prüfen. Deshalb könne man sich nicht an die Ideologie, sondern nur an den Tatbestand halten.

Diese Bemerkung gibt dem Reichsgericht Anlaß, seinen Wortlaut des Aktenverzeichnisses noch mal zu erheben. Der Staatsanwalt verwarf die fünfmaligen Aussagen.

Darauf erhielt Ugelmann das letzte Wort. Hier packte das einzige Mal im Laufe der langen Verhandlung die Mahnung, um von der unzulässigen Not seines Gehirns abzuwenden, daß ihn zu der Bewegung führte, für die er nun gefangen sei. Der Staatsanwalt sprach, der dem Reichsgericht vor Augen, daß die dem Angeklagten vorgeworfenen Verbrechen, die der Staatsanwalt wegen Weisung zum Hochverrat bei ihm nur 1 1/2 Jahre Festungshaft beantragt habe, nicht durch die idealtiftische Auffassung seines Freundes Ugelmann.

Nach zweistündiger Beratung wird das Urteil verkündet: Ugelmann wird zu lebenslänglichem Zuchthaus, Wenzlow zu drei Jahren Festungshaft verurteilt.

An die gesamte Arbeiterchaft von Halle und Umgegend.

Uns geht folgender Aufruf zu: Immer gewaltiger Formen nimmt die kapitalistische Ausbeutung gegen das Proletariat an. Nicht allein nationale pleist für den Kampf zwischen Kapital und Arbeit ab, international wird die brutale Verteilung von Land und Menschen vorgenommen. Ein wahrer Krieg, geboren aus der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie, fürzte uns und alle Proletariat in ein Chaos. Ein Frieden, geboren aus den kapitalistischen, wirtschaftlichen Zwangsverhältnissen heraus, abgeschlossen von profitgierigen Interessierten, soll dem Arbeiter das letzte seines Daseins rauben sein Leben. Die Verelendung breiter Volksmassen ist infolge der wirtschaftlichen Anarchie ins Ungeheure gestiegen. Die Jugend, als Kern eines Volkes, geht infamistisch zu Grunde. Der Verfall der jugendliche Arbeiter, die weibliche Jugend, für die werden ausgebeutet wie nie zuvor. Die Entlohnung der 'Jugendhilfe' steht in keinem Verhältnis zu den Lebensbedingungen eines Menschen. Trotzdem will die kapitalistische Gesellschaft, das Unternehmertum, gezwungen um des Profites willen, den Jugendlichen das nehmen, was besteht. Der 8-Stundentag ist in Gefahr, die bürgerliche Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, der die 8-Stundenmode festsetzt, die, wenn überhaupt bestehende, 'Ferien' befristet, den Lohnabzug vornimmt und dergl. mehr. Wo ist das Jugendhelfer, das vor 2 Jahren von der 'Arbeiter-Jugend' und von den Gewerkschaften eingeleitet wurde? Gewarnt ist die Jugend worden. Millionen werden verurteilt für minderwertige Maßnahmen, Millionen werden man an, bei Entlohnungen von 'Wampes Gutes Gutes', derweil die Jugend moralisch zusammenbricht, für die sie kein Pfennig da. Für die, die einst das 'Volk' repräsentieren sollen, hat man nichts. Die organisierte Jugend steht, wie Millionen alleinstehender Lebensgenossen verfallen im Morast stiftlicher Verelendung.

Die organisierte Jugend gebietet ein energisches Handeln! Sie weiß, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter der kulturellen Entwicklung sind.

In dem Bewußtsein aber, als einzelne Gruppe einer Weltanschauung den Kampf nicht durchzuführen zu können, hat sich die organisierte Jugend von Halle auf die im offenen Brief der kommunistischen Jugend geteilten Grundlagen zu einem Kartell zusammengeschlossen, um zu vereinen mit der gesamten Arbeiterchaft folgende Forderungen energisch durchzuführen:

- 1. Kampf gegen jede Verelängerung der Arbeitszeit, für den 8-Stundentag für Jugendliche
2. Verbot der Schulpflicht in die Arbeitszeit. Freistellung der Schüler Schulpflicht.
3. Erholungsurlaub von vier Wochen im Jahre.
4. Sofortige Erhöhung aller Löhne der Jugendlichen, insbesondere der Lehrlinge.
Verhinderung der Entlassung der ausgebildeten Lehrlinge.

Saison-Ausverkauf H. H. & Co.

beginnt am 1. Juli.

„Was hier geht“ ... In der vergangenen Woche wurde ein Vortrag ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Provinz und Umgegend.

Der Kapitalismus auf dem Lande.

Unter Verbleib in Demos macht auf folgendes ...

Die Arbeiterpresse.

Wer ist's, der im moedigen Freiheitsreit ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Zusammenfassung der Schlichtungsausschüsse.

Im heiligen Julijgedächtnis tagte gestern eine aus ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Sondergericht Zörgau.

Auf der Anklagebank sind erichienen: Karl Bethge, ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Merseburg — Querfurt — Weissenfels — Zeitz.

Achtung! Organisierte Schumaker von Weissenfels!

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Betriebsräte des Gewerkschafts.

Um ein erfolgreiches Arbeiten der Betriebsräte des ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

Wetterbericht ... über die Unterbringung von Kriegsgefangenen ...

